



Bundesvertretung Akademischer Mittelbau



Berlin, 24. April 2008

## Manifest

### Schluss mit der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen

#### Präambel

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG), der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Thesis – Interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte e.V., die Bundesvertretung Akademischer Mittelbau (BAM), der Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw), der Hochschullehrerbund (hlb), der Förderverein Juniorprofessur e.V., der Deutsche Hochschulverband (DHV) und das Deutsche Studentenwerk (DSW) haben sich zur **Hochschulallianz** zusammengeschlossen. Unter diesem Namen bündeln sie als Interessenvertretung der Gemeinschaft von Lehrenden, Lernenden und Service- und Beratungsinstitutionen für Studierende ihre Kräfte, um sich für eine Prioritätenneuordnung zugunsten von Bildung und Wissenschaft einzusetzen.

#### I. Ausgangslage

Die Hochschulen in Deutschland leiden unbestrittenermaßen seit den siebziger Jahren unter den Folgen einer chronischen Unterfinanzierung.

- 1) Berechnungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zufolge beträgt das strukturelle Defizit an deutschen Hochschulen zwischen 2007 und 2020 durchschnittlich 2,3 Mrd. EURO jährlich (*HRK, Eckpunkte zum Hochschulpakt 2020 vom 10. Oktober 2006*).
- 2) Trotz steigender Studierendenzahlen von 1.395.719 im Jahr 1996 auf 1.408.544 im Jahr 2006 sind zwischen 1995 und 2005 etwa 1.500 Professorenstellen an Deutschlands Universitäten gestrichen worden (*Deutscher Hochschulverband, Pressemitteilung 12/2007 vom 20. August 2007*). Für die Qualität einer guten Lehre ist die Betreuungsrelation eine

wichtige Kennzahl. Die Betreuungsrelation von einem Professor für mehr als 52 Studierende an deutschen Hochschulen, an Universitäten sogar für mehr als 60 Studierende, liegt weit unter dem internationalen Standard. An renommierten Universitäten in den USA liegt diese Quote meist zwischen 1:7 bis 1:15. Aber auch Studierende an international renommierten Universitäten unserer Nachbarländer wie der ETH Zürich werden bei einer Quote von 1:36 fast doppelt so gut betreut wie Studierende an deutschen Universitäten.

- 3) Nach einer am 10. März 2008 veröffentlichten Studie von Eurochambres, des Dachverbandes der EU-Industrie- und Handelskammern hat, wird das sog. „Lissabon-Ziel“, spätestens im Jahr 2010 mindestens 3 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Ausgaben in Forschung und Entwicklung (FuE) aufzuwenden, von Deutschland nicht erreicht werden. Zurzeit werden lediglich 2,54% für FuE aufgewandt ([www.eurochambres.eu/content/default.asp?PageID=1&DocID=877](http://www.eurochambres.eu/content/default.asp?PageID=1&DocID=877)). Zum Vergleich: Schweden investiert mit insgesamt 3,82 Prozent rund 50 Prozent, Finnland mit 3,45 Prozent rund 35 Prozent mehr in FuE als Deutschland.
- 4) Nach Erhebungen der OECD hat Deutschland im Jahr 2006 11.600 US-Dollar pro Studierendem und Jahr ausgegeben. Kanada kommt dagegen auf fast 20.000 US-Dollar, die Vereinigten Staaten auf 24.100 US-Dollar und die Schweiz sogar auf 25.900 US-Dollar (*OECD, Bildung auf einen Blick 2006, S. 209-217*).
- 5) Der Wissenschaftsrat (Empfehlungen zum zukünftigen arbeitsmarkt- und demografiegerechten Ausbau des Hochschulsystems: 1. Januar 2006) hat eine Steigerung der Hochschulabsolventenquote auf 35%, der Studienanfängerquote auf 40% und der Studienberechtigungsquote auf 50% eines Altersjahrgangs für notwendig erachtet. Zurzeit beginnen jedoch von 100 Schulanfängern lediglich 37 ein Studium und nur 21 schließen es erfolgreich ab. Trotz steigender Zahlen von Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung sinken die Studienanfängerzahlen seit 2003. Nach der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes studieren mit 83 von 100 vorrangig Kinder von Akademikern – gegenüber 23 von 100 aus Nichtakademiker-Familien ([www.studentenwerke.de/pdf/Hauptbericht18SE.pdf](http://www.studentenwerke.de/pdf/Hauptbericht18SE.pdf)).
- 6) Service- und Beratungsangebote für Studierende sind ein wesentlicher Erfolgsgarant für ein erfolgreiches Studium. Gleichwohl ist der Anteil öffentlicher Zuschüsse an der Gesamtfinanzierung der Studentenwerke zwischen 1992 und 2007 von 23,8% auf 11,9% gesunken. Im Hochschulpakt 2020 ist der Ausbau von Studienorientierungs- und Beratungssystemen, vor allem aber für Wohnplätze für eine steigende Zahl Studierender

nicht vorgesehen. Nach Schätzungen des Deutschen Studentenwerkes sind allein für 90.000 zusätzliche Studierende 20.000 zusätzliche Wohnplätze mit einem öffentlichen Finanzierungsvolumen von 400 Millionen Euro erforderlich ([www.studentenwerke.de/Presse/2007/090507a.pdf](http://www.studentenwerke.de/Presse/2007/090507a.pdf)).

## **II. Worte statt Taten**

Über die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen besteht Konsens. Ihre negativen Auswirkungen auf das Bildungssystem als Kultureinrichtung einerseits, aber auch auf die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand unseres Landes andererseits sind bekannt und vielfach beschrieben worden. Dessen ungeachtet erschöpft sich staatliches, politisches Handeln in kurzfristigen und publikumswirksamen Aktionen und Reaktionen:

- Mit der Exzellenzinitiative werden erfreulicherweise zwischen 2006 und 2010 insgesamt mehr als notwendige 1,9 Mrd. EUR ausgeschüttet, für die Verbesserungen der Lehrbedingungen oder der Infrastruktur der Hochschulen in der Breite stehen bislang jedoch keine Gelder zur Verfügung.
- Im Rahmen des Hochschulpakts 2020, den Bund und Länder zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen beschlossen haben und mit dem sie dem prognostizierten Studierendenberg begegnen wollen, hat der Bund 565 Millionen EUR zur Verfügung gestellt. Zuschüsse in gleicher Höhe steuern die Länder bei. An der strukturellen Unterfinanzierung ändert der Hochschulpakt 2020 nichts. Hinzu kommt, dass die Kalkulation des Hochschulpaktes fehlerhaft ist, da die tatsächlichen Kosten eines Studienplatzes in Deutschland durchschnittlich etwa 7.300,- EUR betragen. Anstatt der zugrunde gelegten Kosten von 5.500,- EUR pro Studienanfänger stehen bei der angestrebten Zahl von rund 91.000 zusätzlichen Studienanfängern bis zum Jahr 2010 aufgrund von Sonderregelungen tatsächlich nur noch 4.260,- EUR zur Verfügung. Im Vergleich mit den tatsächlichen Kosten besteht damit ein Saldo pro Studienplatz und Jahr von mehr als 3.000,- EUR. Zudem ist der Hochschulpakt nur auf vier Jahre finanziert.
- Der doppelte Abiturjahrgang (G 8), eine strukturelle Mehrbelastung von ca. 20% durch die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge sowie das Ziel, 40 % eines Altersjahrgangs zum Studium zu führen, verschärfen das Finanzierungsproblem der deutschen Hochschulen zusätzlich. Das Ergebnis sind in die Autonomie der eigenen Mittelkürzung entlassene Hochschulen, hochqualifizierte Professoren, die keine Zeit mehr zur Forschung haben, Nachwuchswissenschaftler, denen in Deutschland vielfach

keine Perspektive geboten werden kann, Doktoranden, die in erheblichem Maße in der Lehre eingesetzt werden, sowie Studierende, denen die zum Erwerb einer Berufsqualifikation notwendigen Ressourcen vorenthalten werden und deren soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sich kontinuierlich verschlechtern.

### **III. Vorrang für Bildung und Wissenschaft**

Die Hochschulallianz will das halbherzige Handeln der Politik nicht weiter hinnehmen. Die Hochschulallianz fordert Politik und Gesellschaft nachdrücklich dazu auf, endlich in eine längst überfällige, ernste und leidenschaftliche Prioritätendebatte über die Staatsausgaben einzutreten, und fragt daher: Ist eine Sozialquote von 70 Cent pro eingenommenen Steuer-Euro, sind ein jährlicher Wehretat von nahezu 30 Mrd. EUR wichtiger und vorrangiger als die Bildung junger Menschen? Soll der Steinkohlebergbau zukünftig weiter mit rund 2,4 Mrd. EUR pro Jahr subventioniert werden? Ist es vertretbar, dass jährlich Millionen Euro in ausufernden bürokratischen Apparaten versanden? Oder ist es wichtig, in Bildung und Wissenschaft als unsere Zukunft zu investieren? Das sind gleichermaßen schwierige wie existentielle Fragen.

Die Hochschulallianz will, dass diese Fragen nicht länger in Haushaltsausschüssen und Kabinetten ohne öffentliche Diskussion entschieden werden. Sie plädiert für den Vorrang von Bildung und Wissenschaft und eine entsprechende Umstellung der Haushalts-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Die Hochschulallianz fordert Bund und Länder auf, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung den deutschen Hochschulen und den diese unterstützenden Serviceorganisationen die unstreitig fehlenden mindestens 2,7 Milliarden Euro pro Jahr für Forschung und Lehre sowie Service und Beratung rund ums Studium zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender des  
Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen

**Daniel George**

Bundesvorsitzender des  
Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

**Gottfried Ludewig**

Generalsekretär  
des Deutschen Studentenwerks (DSW)

**Achim Meyer auf der Heyde**

Bundsvorsitzender  
THESIS – Interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte e. V.

**Marcus Müller**

Vorsitzender und Sprecher des Vorstands der  
Bundesvertretung Akademischer Mittelbau

**Dr. Gustav Quade**

Bundsvorsitzende des  
Verbandes Hochschule und Wissenschaft  
im dbb beamtenbund und tarifunion

**Professor Dr. Elke Platz-Waury**

Präsident  
des Hochschullehrerbundes (hlb)

**Professor Dr. Nicolai Müller-Bromlay**

Vorsitzender des  
Fördervereins Juniorprofessur e. V.

**Professor Dr. Kurosch Rezwan**

Präsident des  
Deutschen Hochschulverbandes (DHV)

**Professor Dr. Bernhard Kempen**